



# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 4598**

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M., Familienanzeigen die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Eisenbahner zum Streik entschlossen.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat sich heute in der Reichshausenstraße in Berlin zum Streik entschlossen.

Die am 12. und 13. Dezember in Berlin tagende Sitzung des erweiterten Vorstands des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat nach eingehender Aussprache über die Lohn- und Gehaltsfrage, dass die erfolgte geringe Aufbesserung der Rinderzulage für die Beamten den bestehenden Lohnverhältnissen keinesfalls Rechnung trägt. Das gilt auch in Bezug auf die in Aussicht stehende gleiche oder ähnliche Aufbesserung der Bezüge für die Arbeiter. Der erweiterte Vorstand beauftragt den engeren Vorstand, alle Verhandlungen, die sich aus dem Streik ergeben, zu verhindern, um eine entsprechende Erhöhung der Bezüge aller Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Sollten diese Verhandlungen scheitern, so hat der engerer Vorstand mit den übrigen in Betracht kommenden Faktoren in Verbindung zu treten und zum geeigneten Zeitpunkt den Streik zu erklären und durchzuführen.

sind, Militär entsandt. Es ist leicht möglich, daß durch diese Maßnahme die Arbeiterschaft erst zum Widerstand gereizt wird, und daß dadurch erst die Bewegung, die sonst wohl bald im Sande verlaufen wäre, neu belebt wird.

### Freilassung des amerikanischen Genossen Debs?

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Allgemeine Zeitung mitteilt, soll der amerikanische sozialistische Präsidentschaftskandidat Debs, der seinerzeit wegen der Propaganda gegen den Krieg zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, nach einer Meldung des Daily Herald noch vor Weihnachten aus dem Gefängnis entlassen werden.

### Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Holland und Südslawien.

U. Haag, 14. Dezember. Die holländische Regierung macht bekannt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Holland und Südslawien ausgesetzt wurden, und zwar wegen der Veranlassung des holländischen Konsuls in Belgrad durch die serbische Regierung, die mit den internationalen Sitten und Gebräuchen nicht im Einklang ständen. Der holländische Konsul in Belgrad wurde angewiesen, nach Holland zurückzukehren. Dem südslawischen Gesandten in Haag wurden die Pässe zugestekt mit dem Bemerkung, daß man keinen Wert auf seinen ferneren Aufenthalt in Holland lege.

### Eine Kriegserklärung der Sinnfeiner.

Paris, 13. Dezember. Das Oberkommando der Sinnfeiner hat die Verhängung des Belagerungszustandes über Südrussland mit einer Gegenproklamation beantwortet in der gesagt wird, daß der Kriegszustand zwischen Irland und Großbritannien bestehe. Alle Personen, die den Streitkräften der Engländer in irgendwelcher Art Hilfe leisten, würden bestraft werden. Außerdem sollen alle Waffen sofort abgeliefert werden, damit sie nicht den Engländern in die Hände fallen.

### Der Brand in Cork.

Paris, 13. Dezember. Zu dem Brande in Cork meldet Petit Parisien: Am Sonntag wurde ein Lastauto mit 14 Kabettensitzplätzen in einen Hinterhalt gelockt und die Insassen mit Bomben angegriffen. Bald darauf brannten im Zentrum von Cork drei große Geschäfte nieder. Das Feuer griff auf das Rathaus über, erreichte die Getreideböden und auch die Bibliothek, die von dem Amerikaner Carnegie gestiftet worden ist. Der Schaden belief sich auf 7 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

### Eine Mahnung des französischen Ministerpräsidenten an Polen.

Paris, 13. Dezember. Humanität teilt mit, daß Ministerpräsident Lougeur gestern im Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten zugegeben hat, daß Polen imperialistischen Zielen nachjage und daß es von dieser Krankheit noch nicht geheilt sei. Er fügte hinzu: Wir empfehlen Polen, auf seine nachliegenden Pläne zu verzichten und fordern die polnische Regierung auf, sich ruhig zu verhalten, wenn sie dem Zusammenbruch entgegen will, der einem weiteren Angriff gegen Rußland folgen würde. Die Dänen in Warschau haben Besseres zu tun, als den Krieg wieder anzufangen. Sie müssen daran denken, sich zu organisieren und vor allen Dingen versuchen, ihrem Finanz- und Wirtschaftsleben ein Ende zu bereiten.

### Massenflucht indischer Revolutionäre.

D. E. Die Tashkenter Sowjetrepublik, das Organ des Zentralkomitees der Turkestaner Sowjetrepublik, teilt mit, daß in den letzten Monaten einige Tausend indischer Revolutionäre vor den Verfolgungen der englischen Behörden aus Indien geflohen sind, um sich über Afghanistan nach Sowjetrußland zu begeben. Ein Teil dieser Flüchtlinge ist bereits in Tashkent eingetroffen.

### Der Proteststreik der Berliner Hotelbesitzer.

Berlin, 14. Dezember. Mittwoch früh wurden die Berliner Hotels, die nicht der Hotel-Betriebs-Gesellschaft angehören, die Türen geschlossen. Da auch der Küchenbetrieb der Reichstagsverwaltung von der Hotel-Betriebs-Gesellschaft geschlossen worden ist, erludte gestern die Reichstagsleitung die Gesellschaft, während der Tagung den Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Gesellschaft erklärte sich bereit, Speisen und Getränke herzustellen, aber nur mit rationierten Lebensmitteln.

### Zur Einwohnerwehr-Note.

München, 11. Dezember.

Die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten nach Berlin hat einen Erfolg gezeitigt, aber nicht bei der Entente, sondern beim Außenminister Simons, der sich vom Ministerpräsidenten von Kahr gründlich über die bayerischen Einwohnerwehren einlassen ließ. Soweit in der Einwohnerwehrennote von Bayern die Rede ist, könnte jeder Satz aus der Feder des Herrn von Kahr stammen. Die ganzen Darlegungen über Geschichte, Aufgaben und Einrichtungen der bayerischen Einwohnerwehren stehen Satz für Satz im schärfsten Widerspruch mit den Tatsachen. Es ist unmöglich, alle Unrichtigkeiten auf dem knappen Raum eines Zeitungsartikels zu widerlegen. Wir wollen uns deshalb damit begnügen, die größten Lügen richtigzustellen.

Die Anfänge der bayerischen Einwohnerwehren reichen bis in die Dezemberstage des Jahres 1918 zurück. Damals wollte der Rechtssozialist Kuer bereits eine „Bürgerwehr“ gemeinsam mit reaktionären bürgerlichen Elementen ins Leben rufen. Dieses Unternehmen wurde aber nicht, wie es in der Note heißt, von den Elementen verhindert, die zur Räteherrschaft drängten, sondern der damalige bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner trat gegen diese Gründung auf, weil er in ihr mit Recht die Schaffung einer konterrevolutionären weißen Garde sah. Die Episode der Münchner Räterepublik war nicht eine Folge des Fehlens der Einwohnerwehre, sondern ergab sich aus der politischen Situation, die erst durch den Meutereizug am Kurt Eisner geschaffen wurde. Seit den ersten Versuchen zur Gründung der Bürgerwehr lebte der Gedanke einer sogenannten „Selbstschußorganisation“ in Bayern fort und nahm während der Räterepublik feste Formen an. Die „sozialistische“ Regierung Hoffmann sorgte dann dafür, daß die Einwohnerwehren gehörig mit Waffen versorgt wurden und heute ist den Rechtssozialisten lange vor ihrem eigenen Kind.

Herr Simons will der Entente in seiner Note weismachen, daß die bayerische Einwohnerwehre von den Selbstschußorganisationen des Reiches unabhängig sei, keinerlei militärischen Charakter habe und keine Beziehungen zum Militär unterhalte. Wenn Herr Simons die bayerische Presse der letzten Wochen ein wenig eingehender studiert hätte, würde er es nicht gewagt haben, solche handgreifliche Unwahrheiten dem General Rostoff aufzutischen. General Rostoff hat vermutlich die bayerischen Zeitungen etwas genauer angesehen und wird für die Märchen des Herrn Simons, die er vor Kahr übernommen haben dürfte, nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben. Er wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß sich in Deutschland nichts geändert hat und daß man immer noch mit denselben Klugheitsmethoden wie während des Krieges auswärtige Politik zu machen versucht. Zunächst sei festgestellt, daß die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren gemeinsam mit der „Orgeß“ in München das Ringhotel gemietet hat und dort hundert Geschäftszimmer besitzt. Der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, der Fortschrittler Escherich, ist gleichzeitig der Leiter der Orgeß. Allein schon durch diese Personalunion ist der enge Zusammenhang zwischen Einwohnerwehre und Orgeß — das sind die Selbstschußorganisationen des Reiches — abgesehen davon, daß auch Waffen und Munition gemeinsam bezogen und ausgetauscht werden. Die Beziehungen zu militärischen Stellen ist schon dadurch gegeben, daß Waffen durch die Landesleitung von Reichswehrestellen bezogen werden, daß Geschütze mit der Einwohnerwehre ausgetauscht werden und daß Herr Fortschrittler Escherich selbst verschiedene Zeitungs-Korrespondenten gegenüber erklärte, daß er mit den Waffen der Reichswehr überall im Reich seine Selbstschußorganisationen bewaffnen könnte. Eine solche Verheerung kann Escherich doch nur machen, wenn er mit den einschlägigen Reichswehrestellen darüber Verhandlungen geführt hat. Daß die Einwohnerwehre rein militärische Stärke unterhält, wissen in München bereits die Späher von den Dächern, aber Herr Simons erklärt in seiner Note, die Einwohnerwehren seien völlig „unmilitärisch“. Die Landesleitung soll nach Simons Note nur Verwaltungsgeschäfte erledigen. Wenn man die Beschaffung von Waffen zu den Verwaltungsgeschäften rechnet, mag Herr Simons ja recht haben. Aber für gewöhnliche Sterbliche ist eine solche Tätigkeit rein militärischer Art.

Während des Einsatzes sollen die Einwohnerwehren „sozialistische Rechte wie die Schuhmannschaft und die Gendarmarie“ haben. Diese Behauptung ist gerade gesagt, eine Beschönigung. Gelegentlich einer der letzten Waffenschiefungen aus Bayern nach Tirol wurde ein Stabsleiter der Orgeß Herr Dehrl nach seinen Papieren gefragt und dabei haben unsre Tiroler Genossen festgestellt, daß diese Stabsleiter Vollmachten besitzen, die weit über die Befugnisse der Polizei hinausreichen. Der Ausweis der Stabsleiter berechtigt den Inhaber im Falle des Aufgebots den Staatsfernsehverkehr zu benutzen, Lokomotiven anzufordern und eigene Transporte besorgen zu lassen, den Bahntelegraphen zu

### Das Verbrechen der Kriegsverlängerer.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem Prozeß gegen den Redakteur Joel, der Helferich Fälschung von Dokumenten vorgeworfen hatte, wurde nach eingehender Beweisaufnahme der Angeklagte zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Von Interesse war u. a. die Aussage des früheren Reichsfinanzminister Michaelis, der überraschenderweise die Frage, ob 1917 Friedensbereitschaft in England vorhanden gewesen ist, mit ja beantwortete.

### Neue Forderungen wegen der Zerstörung der deutschen Festungswerke.

Berlin, 14. Dezember. Die deutsche Regierung hatte der Vorkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrage vorgesehene Zerstörung von Befestigungen übermittle. Die Kontrollkommission hat die deutschen Vorschläge als ungenügend zurückgewiesen und weitere Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung rund 620 Millionen Mark kosten würde, während zur Ausführung der deutschen Pläne nur 65 Millionen erforderlich sind. Es ist zu hoffen, daß die Vorkonferenz die über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Forderungen der Kontrollkommission fallen lassen werde.

### Eine Aktion der tschechischen Kommunisten.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die streikenden kommunistischen Arbeiter in der Tschecho-Slowakei haben folgende Forderungen an die Regierung gestellt:

1. Sofortige Einstellung aller Verfolgungen.
2. Räumung des Volkshauses durch Polizei und Gendarmarie.
3. Entlassung der Verhafteten, Entschädigung der Verwundeten.
4. Rücktritt der Regierung Czerny.
5. Einstellung der Konfiskation. Durchführung der Versammlung- und Vereinsfreiheit.
6. Arbeiterkontrolle über die ganze Produktion. Einsicht in die Bilanzen und Bücher der Grundbesitzer und Kontrolle der Betriebsräte oder Fabrikantenschäfte. Erleichterung von Betriebsräten. 30 Prozent Lohnserhöhung.
7. Kontrolle der Lebensmittelversorgung einschließlich Verbot der Verhaftung von Arbeiterwohnstätten.

Nachdem die Kommunisten in der Tschecho-Slowakei die sozialistische Partei gespalten haben, halten sie auch die Zeit für gekommen, eine „Aktion“ zu beginnen. Den Anlaß dazu hat ihnen das Gerichtsurteil, das die Drucker der Parteielbatten den Sozialisten zuspricht, gegeben. Sie begnügen sich jetzt aber nicht mehr mit dem Verlangen auf Herausgabe des Volkshauses, sondern haben neue, die oben wiedergegebenen, viel weitergehenden Forderungen aufgestellt. Um diese Forderungen durchzusetzen, haben sie, wie wir bereits meldeten, nicht nur in Prag, sondern auch in einer Reihe anderer böhmischer Industriestädte den Generalstreik proklamiert. Allzu großen Erfolg scheint ihre Propaganda aber nicht zu haben. Wie heute gemeldet wird, ist die Streikbewegung in Prag bereits nahezu völlig erloschen. Gestreikt wird noch in Kladsno, Schlan, Reichenberg und in den mährischen Orten Znaim, Trebitzsch und Gding. In Brünn befindet sich nur ein Teil der Arbeiter im Streik. Die Arbeiterschaft hat anscheinend zum größten Teil der Aufforderung der Parteielbatten der tschecho-slowakischen Sozialdemokraten Folge geleistet, die die Arbeiter aufforderte, sich nicht an dem kommunistischen Streik zu beteiligen. An verschiedenen Orten gehen die Kommunisten nun daran, nach italienischem Muster die Fabriken zu besetzen. Einige Maschinen- und Zuckersfabriken sollen bereits von den Arbeitern „übernommen“ worden sein. In einer Versammlung in Reichenberg soll der kommunistische Abgeordnete Kreibitz erklärt haben, das Ziel des Kampfes sei die Räterepublik. Die Regierung hat nach allen Orten, in denen angeblich Ausschreitungen erfolgt